

über die 20. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Monheim am Rhein vom 06.12.2017

Sitzungsraum: Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789 Monheim am Rhein
Beginn: 16:03 Uhr
Ende: 22:39 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Andy Eggert

Herr Ingo Elsner

Herr Florian Große-Allermann

Vertretung für Herrn Torsten Kinzel
bis 18:41 Uhr

Frau Julia Häusler

Frau Vanessa Klein

Frau Janne Koch

Frau Lisa Pientak

Herr Lucas Risse

Herr Joris Schüller

Frau Laura Töpfer

Vertretung für Herrn Benedikt Reich

Vertretung für Herrn Holger Radenbach

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Günter Bosbach

Herr Markus Gronauer

Herr Michael Nagy

bis 21:14 Uhr

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Werner Goller

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Poell

FDP

Herr Andreas Wölk

DIE LINKE

Frau Badietül Gezici

von 16:27 Uhr bis 18:59 Uhr

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel
Frau Sonja Baumhauer
Frau Estelle Dageroth
Frau Simone Feldmann
Herr Martin Frömmer
Herr Peter Heimann
Herr Manfred Hein
Herr Guido Krämer
Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Michael Lobe
Herr Georg Mittmann
Frau Sabine Noll
Herr Ralf Richrath
Frau Christiane Schärfke
Herr Thomas Waters

Gast

Herr Dr. Jochen Heide zu TOP nö 6
Herr Frank Hüser zu TOP nö 4

Schriftführerin

Frau Anke Bitsch

Entschuldigt fehlten:**Mitglieder der PETO-Fraktion**

Herr Torsten Kinzel
Herr Tim Kögler
Herr Holger Radenbach
Herr Benedikt Reich

Tagesordnung:

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlage Nr.
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit	
2	Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -	
3	Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner	
4	Einverständniserklärung für das Video-Streaming der Sitzungen des Rates der Stadt Monheim am Rhein und seiner Ausschüsse im Internet	IX/1357
5	Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Monheim am Rhein	IX/1365
6	4. Satzung zur Änderung der "Friedhofssatzung der Stadt Monheim am Rhein" vom 18.12.2003	IX/1352

7	4. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monheim am Rhein" vom 16.12.2008	IX/1340
8	10. Satzung zur Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008"	IX/1353
9	10. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"	IX/1339
10	4. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein" vom 19.12.2013	IX/1363
11	Änderung der Satzung sowie der Entgeltordnung für die Kunstschule	IX/1342
12	Änderung der Entgeltordnung für die Musikschule	IX/1350
13	Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Krankentransport- und Rettungsdienstes der Stadt Monheim am Rhein	IX/1379
14	Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege"	IX/1335
15	Erhöhung des Zuschusses für die Schuldnerberatung des beratungsCentrums e.V.	IX/1319
16	Konzeptfortschreibung "Obdachlosigkeit verhindern"	IX/1313
17	Förderung der Seniorenbegegnungsstätte Treffpunkt Resi des Caritasverband für den Kreis Mettmann e. V.	IX/1359
18	Freiwillige Förderung von Kindern und Jugendlichen mit diagnostizierter Teilleistungsstörung	IX/1330
19	Ausweitung Frühe Förderung "Mo.Ki unter3" auf den Ortsteil Baumberg	IX/1333
20	Inklusive erzieherische Hilfen an Ganztageschulen im Primarbereich	IX/1334/1
21	ÖPNV-Leistungsausweitung 2018/2019	IX/1360/1
22	Vergabe von Verkehrskonzessionen für das Stadtgebiet Monheim am Rhein	IX/1402
23	Planung von Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf der Opladener Straße	IX/1336
24	Übergangs-Kindertagesstätte an der Linzer Straße in Containerbauweise	IX/1299

25	Schulzentrum Lottenstraße/Krischerstraße - Baubeschluss -	IX/1298
26	Beteiligung an der Partnerschaft Deutschland GmbH -	IX/1403
27	Einführung eines städtischen, digitalen Fahrradverleihsystems	IX/1396
28	Einführung eines Monheim-Passes und Entwicklung eines Bürgerkontos Erneute Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner	IX/1395
29	Bericht über die Prüfung des Gesamtabchlusses der Stadt Monheim am Rhein 2015 in Verbindung mit den Gesamtab schlüssen 2011 bis 2014	IX/1343/1
30	Bericht über die Prüfung des Gesamtabchlusses der Stadt Monheim am Rhein 2016	IX/1344/1
31	Beschluss über die Verwendung des Überschusses im Gesamtabschluss 2015	IX/1397
32	Beschluss über die Verwendung des Überschusses im Gesamtabschluss 2016	IX/1399
33	Haushaltssatzung 2018	IX/1324
34	Mündliche Mitteilungen	
34.1	Verwendung der ehemaligen Leiterin des Bereichs Ordnung und Soziales	
35	Mündliche Anfragen	
35.1	Leitung des Ulla-Hahn-Haus	

Sitzungsergebnis:

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

2 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -

Protokoll:

Da die Niederschrift noch nicht zur Verfügung steht, wird dieser Tagesordnungspunkt vertagt und das Protokoll zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vorgelegt, erklärt der Bürgermeister.

3 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner**Protokoll:**

Es gibt keine Wortmeldungen aus der Einwohnerschaft.

**4 Einverständniserklärung für das Video-Streaming der Sitzungen des Rates der Stadt Monheim am Rhein und seiner Ausschüsse im Internet
Vorlage: IX/1357****Protokoll:**

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

**5 Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Monheim am Rhein
Vorlage: IX/1365****Beschlussempfehlung**

Die Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Monheim am Rhein wird in der als Anlage 1 vorgelegten Fassung beschlossen. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

**6 4. Satzung zur Änderung der "Friedhofssatzung der Stadt Monheim am Rhein" vom 18.12.2003
Vorlage: IX/1352****Beschlussempfehlung**

Die 4. Satzung zur Änderung der „Friedhofssatzung der Stadt Monheim am Rhein“ vom 18.12.2003 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

einstimmig zugestimmt

**7 4. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monheim am Rhein" vom 16.12.2008
Vorlage: IX/1340****Beschlussempfehlung**

Die 4. Satzung zur Änderung der „Gebührensatzung für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monheim am Rhein“ vom 16.12.2008 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung -Anlage 1- und die Gebührenkalkulation -Anlage 2- sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

8 10. Satzung zur Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008"

Vorlage: IX/1353**Beschlussempfehlung**

Die 10. Satzung zur Änderung der „Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008“ wird in der als Anlage 1 vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung –Anlage 1- und die Gebührenbedarfsberechnung –Anlage 2- sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

9 10. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"

Vorlage: IX/1339

Beschlussempfehlung

Die 10. Satzung zur Änderung der „Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008 wird in der als Anlage 1 vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung –Anlage 1- und die Gebührenkalkulation –Anlage 2- sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

10 4. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein" vom 19.12.2013

Vorlage: IX/1363

Beschlussempfehlung

Die 4. Satzung zur Änderung der „Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein“ vom 19.12.2013 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung -Anlage 1- und die Gebührenkalkulation -Anlage 2- sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

11 Änderung der Satzung sowie der Entgeltordnung für die Kunstschule

Vorlage: IX/1342

Beschlussempfehlung

1.) Die 1. Satzung zur Änderung der „Satzung für die Kunstschule der Stadt Monheim am Rhein vom 02.04.2012“ wird in der als Anlage 1 vorgelegten Fassung beschlossen. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.

- 2.) Die 1. Änderung der „Entgeltordnung der Kunstschule der Stadt Monheim am Rhein vom 02.04.2012“ wird in der als Anlage 2 vorgelegten Fassung beschlossen. Die Anlage 2 ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

**12 Änderung der Entgeltordnung für die Musikschule
Vorlage: IX/1350**

Beschlussempfehlung

Die Änderung der Entgeltordnung für die Musikschule der Stadt Monheim am Rhein wird in der als Anlage 1 vorgelegten Fassung beschlossen. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

**13 Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Kranken-
transport- und Rettungsdienstes der Stadt Monheim am Rhein
Vorlage: IX/1379**

Beschlussempfehlung

Die "Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Krankentransport- und Rettungsdienstes der Stadt Monheim am Rhein" einschließlich des Gebührentarifs wird in der als Anlage 1 der Beschlussvorlage beigefügten Fassung beschlossen. Die Anlage 1 und die Anlage 2 - Gebührenkalkulation - sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

**14 Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Förderung von
Kindern in Kindertagespflege"
Vorlage: IX/1335**

Beschlussempfehlung

Der Rat beschließt die 2. Satzung zur Änderung der „Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege vom 20.12.2012“ in der als Anlage 1 zur Beschlussfassung vorgelegten Fassung. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

**15 Erhöhung des Zuschusses für die Schuldnerberatung des BeratungsCentrums
e.V.
Vorlage: IX/1319**

Protokoll:

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weist auf den seitens seiner Fraktion in der Sitzung des Ausschusses für Generationen, Kultur, Soziales und Ordnung gestellten Antrag auf Erhöhung des Zuschusses hin, den er, aufgrund der dortigen Ablehnung, nicht wiederholen werde. Daher werde seine Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen.

Der Bürgermeister äußert seine Verwunderung über den Antrag, da die Verwaltung die Erhöhung des Zuschusses mit dem BeratungsCenter e.V. abgestimmt habe und von dort signalisiert worden sei, dass dieser Zuschuss auskömmlich sei. Nun entstehe der Eindruck, dass seitens des Vereins eine anderslautende Aussage getroffen worden sei.

Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt, den jährlichen Zuschuss zur Finanzierung der Schuldnerberatung durch das BeratungsCenter e.V. ab dem 01.01.2018 um 34.000 EUR auf jährlich 74.000 EUR zu erhöhen, damit eine weitere Teilzeitstelle (20 Wochenstunden) eingerichtet werden kann. Die entsprechenden Mittel werden über die Änderungsliste bereitgestellt.

einstimmig zugestimmt

16 Konzeptfortschreibung "Obdachlosigkeit verhindern" Vorlage: IX/1313

Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die Umsetzung des anliegenden Konzepts „Obdachlosigkeit verhindern“, durch das die bisherigen Konzepte „Flüchtlings- und Obdachlosenhilfe“ sowie „Obdachlosigkeit verhindern“ vereint und fortgeschrieben werden. Die hierfür erforderlichen, weiteren Mittel in Höhe von 24.070 EUR/ Jahr, die bislang noch nicht im Haushaltsplanentwurf eingepflegt wurden, werden in die Änderungsliste aufgenommen und bereitgestellt.

einstimmig zugestimmt

17 Förderung der Seniorenbegegnungsstätte Treffpunkt Resi des Caritasverband für den Kreis Mettmann e. V. Vorlage: IX/1359

Beschlussempfehlung

1. Zum Ausgleich des im Abrechnungsjahr 2017 im Rahmen des Betriebs seiner Seniorenbegegnungsstätte Treffpunkt Resi entstandenen Defizits erhält der Caritasverband für den Kreis Mettmann e. V. einen Betriebskostenzuschuss i. H. v. 22.000 EUR. Die hierfür erforderlichen Mittel werden außerplanmäßig bereitgestellt, die Deckung erfolgt aus Einsparungen im Bereich 32.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, durch den Abschluss eines entsprechenden Vertrages sicherzustellen, dass bei richtlinienkonformen Betrieb der Seniorenbegegnungsstätte ein etwaiges Defizit bis zu einer Höhe von max. 32.500 EUR/ Jahr ausgeglichen werden kann. Für die Folgejahre 2018 bis 2021 werden hierfür jeweils 32.500 EUR etatisiert.

einstimmig zugestimmt

18 Freiwillige Förderung von Kindern und Jugendlichen mit diagnostizierter Teilleistungsstörung Vorlage: IX/1330

Beschlussempfehlung

1. Der Rat beschließt das anhängende Konzept zur „Freiwilligen Förderung von Kindern und Jugendlichen mit diagnostizierter Teilleistungsstörung“.
2. Die Verwaltung wird, in Abstimmung mit den jeweiligen Schulen, mit der Umsetzung des Konzeptes beauftragt.

einstimmig zugestimmt

**19 Ausweitung Frühe Förderung "Mo.Ki unter3" auf den Ortsteil Baumberg
Vorlage: IX/1333**

Beschlussempfehlung

1. Der Rat beschließt das anhängende Konzept zur Ausweitung der Frühen Förderung „Mo.Ki unter 3“ für den Ortsteil Baumberg.
2. Mit der Umsetzung der Konzeption wird die AWO Bezirksverband Niederrhein e.V. beauftragt und die Verwaltung wird ermächtigt die Trägerverträge entsprechend anzupassen.

einstimmig zugestimmt

**20 Inklusive erzieherische Hilfen an Ganztageschulen im Primarbereich
Vorlage: IX/1334/1**

Beschlussempfehlung

1. Der Rat beschließt die Einstellung der Tagesgruppenarbeit nach § 32 SGB VIII und die Neukonzeption der „Inklusiven erzieherischen Hilfen an Ganztageschulen im Primarbereich“ nach § 27 SGB VIII (flexible Hilfe) in Verbindung mit § 29 SGB VIII (soziale Gruppenarbeit) lt. anhängender Konzeption.
2. Mit der Umsetzung der Konzeption wird die Familienhilfe Monheim beauftragt und die Verwaltung wird ermächtigt, die Trägerverträge entsprechend anzupassen.

einstimmig zugestimmt

**21 ÖPNV-Leistungsausweitung 2018/2019
Vorlage: IX/1360/1**

Protokoll:

Die SPD-Fraktion nimmt die Maßnahmen zustimmend zur Kenntnis. Einzig die Frequenz der SB 79 zum Creativ Campus im zehn-Minuten-Takt werde als nicht erforderlich angesehen, so deren Sprecher.

Dies sei der Anbindung an die S-Bahnhöfe geschuldet, erklärt der Bürgermeister. Es sei nicht gewünscht, dass mit der S 68 aus Düsseldorf kommend, die einen Zehn-Minuten-Takt gewährleiste, am S-Bahnhof Langenfeld kein Anschlussbus zur Verfügung stehe.

Beschlussempfehlung

Der im Anhang dargestellten ÖPNV-Leistungsausweitung für das Gebiet der Stadt Monheim am Rhein ab 2018/2019 wird zugestimmt.

einstimmig zugestimmt

22 Vergabe von Verkehrskonzessionen für das Stadtgebiet Monheim am Rhein Vorlage: IX/1402

Protokoll:

Der Bürgermeister führt zu der Vorlage aus. Er weist darauf hin, dass noch Abstimmungsbedarf mit der Rheinbahn und der Stadt Düsseldorf bestehe, da viele Linien in Monheim Gemeinschaftskonzessionen seien.

Beschlussempfehlung

- a) Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beabsichtigt, die Bahnen der Stadt Monheim GmbH (kurz BSM) für die Dauer von zehn Jahren vom 01.10.2019 bis zum 30.09.2029 mit der Erbringung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen des öffentlichen straßengebundenen Personennahverkehrs (ÖSPV) im Stadtgebiet Monheim im Wege der Direktvergabe eines Öffentlichen Dienstleistungsauftrages (ÖDA) nach Art. 5 Abs. 2 VO (EG) Nr. 1370/2007 (VO 1370/2007) und entsprechend dem VRR-Finanzierungssystem zu betrauen. Die Betrauung mittels Direktvergabe umfasst - vorbehaltlich der Zustimmung durch die mitbedienten Aufgabenträger - auch die von der BSM in den Gebieten der mitbedienten Aufgabenträger (Städte Düsseldorf, Solingen und Leverkusen, Köln sowie Kreis Mettmann) zu erbringenden Betriebsleistungen.
- b) Die Bestandsbetrauung für das Gebiet der Stadt Monheim zugunsten der BSM soll bis zu ihrem Laufzeitende zum 31.12.2019 bestehen bleiben, soweit sie nicht durch eine erneute Betrauung vorzeitig abgelöst wird.
- c) Der Umfang der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen ergibt sich aus dem ÖDA sowie aus den Inhalten der Nahverkehrspläne des Kreises Mettmanns (inkl. Stadt Monheim), der Stadt Düsseldorf, der Stadt Solingen, der Stadt Leverkusen und der Stadt Köln. Der ÖDA wird der Möglichkeit politisch gewollter und verkehrswirtschaftlich sinnvoller Leistungsänderungen Rechnung tragen.
- d) Die Verwaltung wird beauftragt, alle für die Durchführung und Umsetzung der Direktvergabe an die BSM erforderlichen Erklärungen abzugeben und Handlungen vorzunehmen.
- e) Die Verwaltung wird beauftragt, die Veröffentlichung der Absicht der Direktvergabe im Rahmen einer Vorabbekanntmachung nach Art. 7 Abs. 2 VO 1370/2007 sowie § 8a Abs. 2 Personenbeförderungsgesetz im Amtsblatt der Europäischen Union durch die Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR (VRR) zu veranlassen.
- f) Die Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in der Gesellschafterversammlung der BSM werden angewiesen, die Geschäftsführung der BSM anzuweisen, diesen Ratsbeschluss verbindlich zu beachten. Dabei sind auch die Vorgaben aufgrund der Beschlüsse der mitbedienten Gebietskörperschaften zu beachten.
- g) Die Beschlüsse des Rates der Stadt Monheim zur ÖSPV-Finanzierung vom

10.11.2005 und zur Aufgabenübertragung auf den Zweckverband VRR vom 18.12.2007, 26.11.2009 und 19.02.2015 bleiben von den Regelungen der Ziffern a) bis f) dieses Beschlusses unberührt. Maßgebend für die Betrauung entsprechend diesem Beschluss sind die Anwendung des VRR-Verbundtarifs, des VRR-Informationssystems und des VRR-Fahrplans, soweit die BSM innerhalb des VRR Betriebsleistungen erbringt. Die städtischen Vertreter in den Gesellschaftsgremien werden angewiesen, entsprechende Umsetzungsbeschlüsse zu fassen.

- h) Die Verwaltung wird ferner ermächtigt, an der Betrauung benachbarter kommunaler Verkehrsunternehmen durch deren Eigentümerkommunen nach Maßgabe der Zweckverbandsatzung, des VRR-Modells sowie des VRR-Finanzierungssystem mitzuwirken und insbesondere die hierfür erforderlichen Zustimmungen zu erteilen, soweit das Gebiet der Stadt Monheim am Rhein betroffen ist.

einstimmig zugestimmt

23 Planung von Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf der Opladener Straße
Vorlage: IX/1336

Protokoll:

Der Sprecher der SPD-Fraktion bittet um Bereitstellung der zu dieser Vorlage im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr präsentierten Computersimulation als Anlage zum Protokoll.

Der Bürgermeister führt aus, dass lediglich die Präsentation selbst ins Ratsinformationssystem eingestellt werde. Bei der Computersimulation sei dies aus technischen Gründen nicht möglich. Daher biete er jedoch an, die Simulation auf Nachfrage auf einer CD oder einem anderen Datenträger zur Verfügung zu stellen.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen macht deutlich, dass seine Fraktion es weiterhin für sinnvoller halte, die Beschleunigungsmaßnahmen weitestgehend dem ÖPNV vorzubehalten. Trotzdem werde eine Zustimmung zu dem Beschlussvorschlag erfolgen, da auch der ÖPNV profitiere.

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt, die konkrete Planung der Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf der Opladener Straße aufzunehmen. Sie wird ermächtigt, sich mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW, der Stadt Langenfeld sowie anderen Projektbeteiligten ins Benehmen zu setzen und über Planung und Kostentragung zu verhandeln.

Im Haushalt 2018 sind die veranschlagten Planungskosten bereitzustellen und für die Folgejahre die erforderlichen Haushaltsmittel für die bauliche Umsetzung entsprechend einzuplanen.

einstimmig zugestimmt

24 Übergangs-Kindertagesstätte an der Linzer Straße in Containerbauweise
Vorlage: IX/1299

Beschlussempfehlung

1. Die Verwaltung wird beauftragt, das Gebäude „Kindertagesstätte in Modulbauweise“ an der Linzer Straße / Bregenzer Straße zu einem Restkaufpreis in Höhe von 294.624,96 EUR anzukaufen.
2. Zur Umsetzung des Ankaufs der Kindertagesstätte in Modulbauweise stimmt der Rat gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW in Verbindung mit der 1. Nachtragshaushaltsatzung 2017 der Stadt Monheim am Rhein der Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen in Höhe von 250.000 EUR zu. Die Deckung erfolgt aus Einsparungen bei der Kreisumlage.
3. 50.000 EUR werden zur Schlussfinanzierung über den Haushalt 2018 bereitgestellt.

einstimmig zugestimmt

**25 Schulzentrum Lottenstraße/Krischerstraße
- Baubeschluss -
Vorlage: IX/1298**

Protokoll:

Der Bürgermeister weist auf die ausführliche Präsentation im Fachausschuss hin, die deutlich gemacht habe, wie schön und unter größtmöglicher Erhaltung der alten Bauweise die Schule gestaltet werde. Zudem macht er auf die seitens der CDU-Fraktion beantragten Mittel in der Änderungsliste aufmerksam, die für die Erstellung eines Miniaturmodells des Altbaus in den Haushalt eingestellt worden seien.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet um Angabe, ob der Schriftzug erhalten bleibe.

Dieser werde an der Außenfassade angebracht, so der Bürgermeister.

Es werde nach wie vor bedauert, dass das alte Gebäude nicht erhalten werden könne, erklärt der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Dennoch werde er im Namen seiner Fraktion der Vorlage zustimmen, da sich insgesamt eine optimale Beschulung der Kinder in den neuen Gebäuden realisieren ließe.

Beschlussempfehlung

1. Die Baumaßnahmen für das neue Schulzentrum Lottenstraße / Krischerstraße zur Aufnahme der Lottenschule, der Astrid-Lindgren-Schule nebst Sporthallen und zugehörigen Außen- und Freianlagen ist entsprechend der beigefügten Planung auszuschreiben und zu realisieren.
2. Die bestehende Mensa ist entsprechend dem beschlossenen Architekturkonzept (vgl. Vorlage IX/1088) in die bauliche Neukonzeption einzubeziehen.
3. Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt über die im Teilfinanzplan B unter I7102.083 bereit gestellten Haushaltsmittel in Höhe von 27,0 Mio. EUR.
4. Die für die Einbeziehung der Mensa in die Neubaumaßnahme notwendigen Haushaltsmittel in Höhe von 4,0 Mio. EUR werden in die Änderungsliste zum Haushalt 2018 ergänzend unter I7102.083 aufgenommen, so dass der Gesamtansatz der Haushaltsmittel für diese Maßnahme bei 31,0 Mio. liegt.

mehrheitlich zugestimmt (dagegen: 1 SPD)

**26 Beteiligung an der Partnerschaft Deutschland GmbH -
Vorlage: IX/1403**

Protokoll:

Hier handele es sich um die beabsichtigte Beteiligung als Gesellschafterin an der Partnerschaften Deutschland GmbH, die die Stadt Monheim am Rhein bereits in der Vergangenheit kompetent beraten habe, führt die Verwaltung aus.

Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein stimmt der Beteiligung als Gesellschafter an der Partnerschaft Deutschland PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH – im Rahmen einer Direktbeteiligung durch direkten Erwerb entsprechend der Einwohnerzahl Monheims in Höhe von 500,- EUR zu. Die hierfür erforderlichen Mittel werden im Haushalt 2018 bereitgestellt.

Die Vertretung der Stadt Monheim am Rhein in den Gesellschaftergremien wird durch Frau Noll wahrgenommen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, alle zur Umsetzung der Beteiligung erforderlichen Schritte einzuleiten und den Gesellschaftervertrag (Anlage 2) sowie das Eckpunktepapier (Anlage 3) zu unterzeichnen. Die Anlagen 2 und 3 sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

**27 Einführung eines städtischen, digitalen Fahrradverleihsystems
Vorlage: IX/1396**

Protokoll:

Herr Eßmann von der Firma Detecon stellt das Fahrradverleihsystem anhand einer PowerPoint Präsentation vor.

Der Sprecher der CDU-Fraktion bittet um Angabe, wie hoch die Kosten der Wartung sein werden und ob es hinsichtlich der App bereits Erfahrungswerte hinsichtlich der Bedienbarkeit und etwaiger Zeitverzögerungen gibt.

Herr Eßmann erläutert, dass die Wartungskosten von der Art und der Dauer der Nutzung abhängig seien. Daher könne eine zuverlässige Schätzung derzeit nicht erfolgen. Die Bedienungsfreundlichkeit solle an erster Stelle stehen, führt Herr Eßmann weiter aus. Da es jedoch noch keine Ausschreibung gegeben habe und demnach noch kein Anbieter ausgewählt worden sei, könnten auch hierzu derzeit keine weiteren Angaben gemacht werden.

Der Bürgermeister ergänzt, dass beabsichtigt sei, möglichst mit örtlichen Anbietern zusammenzuarbeiten.

Auch der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hält eine Entscheidung ohne grobe Schätzung der Wartungskosten für schwierig und fragt nach, was in den veranschlagten 1,4 Mio. € enthalten sei.

Der Bürgermeister schätzt die Folgekosten auf eine Höhe im niedrigen sechsstelligen

Betrag.

Der Haushaltsansatz 2018 enthalte die App-Entwicklung und die Fahrräder. Ob hierfür die Mittel vollumfänglich verbraucht würden, könne nicht beurteilt werden, da noch keine Ausschreibung erfolgt sei.

Die gewählte Anzahl der Fahrräder als auch die Wahl der Standorte werde seitens der SPD-Fraktion begrüßt, so deren Sprecher. Jedoch sei ein weiterer Standort am Waldfriedhof wünschenswert.

Zudem bittet er um Angabe:

- wie sichergestellt werden solle, dass die Fahrräder nach der Nutzung an die Stationen zurück gebracht würden
- wie hoch die Nutzungsgebühren sein werden
- ob es eine Diebstahlsicherung geben werde

Herr Eßmann führt zu der Diebstahlsicherung aus, dass hier verschiedene Möglichkeiten bestünden. So sei das Anbringen eines Ortungssystems geplant. Außerdem könne das digitale Schloss so programmiert werden, dass es lediglich in einem bestimmten Umkreis geöffnet werden könne.

Das stationsgebundene System beinhalte, dass eine Rückgabe der Fahrräder nur an einer Station möglich sein werde, ergänzt der Bürgermeister. Die Nutzungsgebühren seien noch nicht abschließend modelliert. Für die Bürgerschaft könne eine Abwicklung über den Monheim-Pass erfolgen, der Thema des nächsten Tagesordnungspunktes sei.

Der Sprecher der CDU-Fraktion stellt die Frage, wie sichergestellt werde, dass die E-bikes geladen würden und ob die Stationen über eine entsprechende Lademöglichkeit verfügen würden.

Es sei möglich, eine Codierung vorzunehmen, die die Rückgabe von E-Bikes ausschließlich in den Ladestationen erlaube, so Herr Eßmann.

Auf jeden Fall werde darauf geachtet, dass eine entsprechende technische Möglichkeit vorhanden sei, die gewährleiste, dass die E-Bikes geladen würden, führt der Bürgermeister weiter aus.

Es handele sich um ein tolles Konzept, merkt die Sprecherin der PETO-Fraktion an. Insbesondere die Dichte der Stationen sei beeindruckend. Es stelle sich die Frage, ob geplant sei, eine Ortsgrenze zu ziehen, so dass die Fahrräder nicht aus dem Stadtgebiet gefahren werden könnten und ob anhand der App erkennbar sei, welches Fahrrad sich an welcher Station befindet. Im Hinblick auf die Einrichtung der Stationen sei es sicherlich möglich, die Standorte auch nachträglich den Bedarfen anzupassen.

Die aufgeführten Standorte sollten auch längerfristig bestehen bleiben, da die Einrichtung mit Kosten verbunden und dadurch eine örtliche Veränderung unwirtschaftlich sei, erläutert der Bürgermeister. Das Konzept sei bereits darauf ausgerichtet, dass eine Erweiterung dahingehend möglich sei, dass das Abstellen der Fahrräder auch an anderen Stellen im Stadtgebiet ermögliche.

Herr Eßmann erläutert, dass anhand der App jeweils erkennbar sei, welche Fahrräder an welcher Station zur Verfügung stünden. Das Einrichten einer Ortsgrenze sei technisch möglich, jedoch in der tatsächlichen Anwendung für die Nutzenden schwierig.

Da die Nutzung der Fahrräder für die Einwohnerschaft über den Monheim-Pass ermöglicht werden solle, stelle sich die Frage, ob bei Nutzung der Fahrräder dann auch erkennbar sei, welche Person sich welches Fahrrad geliehen habe und wohin diese Person gefahren sei. Das erwecke große Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes, führt der Sprecher der FDP aus.

Der Bürgermeister erwidert, dass technisch sichergestellt würde, dass für Unbefugte keine personengebundenen Daten ersichtlich seien. Eine gezielte Erhebung dieser Daten erfolge ebenfalls nicht.

Eine anonymisierte Auswertung der gefahrenen Wege sei für die Evaluation von Interesse, so die Sprecherin der PETO-Fraktion. Zudem bittet sie um Angabe, ob ein Ausleihen der Fahrräder auch ohne Smartphone möglich sei.

Herr Eßmann führt aus, dass ein Smartphone nur dann notwendig sei, wenn der Kunde nicht im Besitz des Monheim-Passes sei. Hinsichtlich der Anonymisierung der Daten müssten weitere Prüfungen erfolgen.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hält eine Begrenzung auf das Stadtgebiet für schwierig. Hier müssten die Nachbarstädte mit einbezogen werden.

Seitens der Stadt Langenfeld bestehe ein großes Interesse, sich an dem Konzept zu beteiligen, erklärt der Bürgermeister. So solle auch ein Austausch zwischen den Fahrrädern der Stadt Monheim am Rhein und der Stadt Langenfeld ermöglicht werden.

Beschlussempfehlung

1. Im Jahr 2018 wird ein städtisches, digitales Fahrradverleihsystem eingeführt.
2. Hierfür werden im Haushalt 2018 insgesamt 1,4 Mio. € aus dem Budget Monheim 4.0 zur Verfügung gestellt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt ein entsprechendes Leistungsverzeichnis zu erstellen und die Vergabe dementsprechend zu beauftragen.

einstimmig zugestimmt

28 Einführung eines Monheim-Passes und Entwicklung eines Bürgerkontos

Vorlage: IX/1395

Protokoll:

Herr Eßmann von der Firma Detecon stellt den Monheim-Pass anhand einer Power-Point Präsentation vor.

Der Sprecher der FDP fragt nach, ob tatsächlich alle Daten, wie z.B. Vorgänge über die Grundsteuer, etc. gesammelt und auf dieser Karte gespeichert würden und wo die Gesamtdaten gesichert seien. Zudem bittet er um Angabe, welche Beschäftigten der Verwaltung zu welcher Zeit Zugriff auf die Daten haben.

Die Verwaltung führt aus, dass ein Zugriff der städtischen Beschäftigten nur dann möglich ist, wenn der Monheim-Pass vorgelegt würde. Zudem sei es nicht erforderlich, alle Daten auf der Karte zu speichern, da diese auf dem Bürgerkonto zur Verfügung stünden. Die jeweiligen Karteninhaber würden über den entsprechenden Link auch nachverfolgen können, welche Daten auf dem Bürgerkonto vorgehalten wür-

den. Die Datensicherung erfolge innerhalb des städtischen Netzwerkes wie bisher.

Der Funktionsumfang sei bisher nicht deutlich geworden, merkt der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an.

Es handele sich um eine Bezahlkarte für städtische Dienstleistungen und die Zugriffsmöglichkeit auf das Bürgerkonto, erläutert Herr Eßmann.

Der Sprecher der CDU-Fraktion äußert seine Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes. So seien die verschiedenen Daten der Bürgerschaft derzeit nicht vernetzt, was mit dem Monheim-Pass dann aber der Fall wäre. So erfolge eine bereichsübergreifende Zusammenfassung, was kritisch gesehen werde.

Es würden die rechtlichen Vorschriften des Datenschutzes selbstverständlich berücksichtigt und eingehalten, erklärt der Bürgermeister. Es existierten derzeit bereits Personenkonten und eine zentrale Speicherung von Personendaten. Es würden für den Monheim-Pass keine zusätzlichen Daten erhoben, sondern die Daten abgebildet, die bereits bekannt und gespeichert seien. Der tatsächliche Mehrwert liege in der Information für die Bürgerschaft selbst, denn bisher sei niemandem bekannt, welche Daten insgesamt bei der Verwaltung über eine Person vorgehalten würden.

Der Nutzen des Monheim-Passes sei für ihn nicht erkennbar, merkt der Sprecher der SPD-Fraktion an.

Der Pass biete, neben der Schaffung von Transparenz für die Betroffenen hinsichtlich der gespeicherten Daten bei der Stadtverwaltung, immense Möglichkeiten, so der Bürgermeister. Es gebe 40 verschiedene Dienstleistungen, die über die Karte abgewickelt werden könnten. Welche davon tatsächlich angeboten würden, sei derzeit noch nicht entschieden. Zunächst solle der Monheim-Pass den Bibliotheksausweis ersetzen und die Nutzung des Smart-Bike-Systems ermöglichen. Weiter denkbar seien z. B. die Nutzung des mona mare, der Abruf von Gebührenbescheiden und die Nutzung als Ermäßigungsausweis.

Der Sprecher der FDP fragt nach, ob die Aktivierung und Nutzung auf freiwilliger Basis erfolge und ob die App zwingend zu nutzen sei.

Der Bürgermeister erklärt, dass jede Person die Karte zugeschickt bekäme. Ob und wann diese aktiviert werde, liege im Ermessen des jeweiligen Inhabers. Allerdings könnten dann bestimmte städtische Dienstleistungen, wie die der Bibliothek, nicht wahrgenommen werden.

Nach Auffassung des Sprechers der CDU-Fraktion würden insbesondere ältere Menschen nicht ausreichend eingebunden, da die Freischaltung der Karte eine nicht unerhebliche Hürde darstelle.

Es sei bereits jetzt unmöglich, ein Buch ohne einen Bibliotheksausweis zu entleihen, so der Bürgermeister. Daher gebe es insbesondere in dieser Hinsicht keine Änderung. Es werde, im Gegenteil, eine Erleichterung dahingehend geben, dass nicht für jede Inanspruchnahme einer städtischen Dienstleistung eine erneute Registrierung erfolgen müsse.

Ob eine Freischaltung durch die Betroffenen selbst erfolgen müsse, fragt der Sprecher der SPD-Fraktion nach. Es wäre wünschenswert, dass die Freischaltung in jeder Dienststelle der Stadtverwaltung erfolgen könne.

Herr Eßmann führt aus, dass verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung stünden. So könne die App oder die Website genutzt werden oder das Bürgerbüro aufgesucht werden.

Der Bürgermeister ergänzt, dass eine Ausweitung der Freischaltmöglichkeit auf die Bibliothek erfolgen könne.

Der Sprecher der SPD-Fraktion bittet um Angabe, ob tatsächlich alle Einwohnerinnen und Einwohner eine Karte erhielten oder nur die Volljährigen.

Es würden alle in Monheim am Rhein gemeldeten Personen einen Monheim-Pass erhalten, führt der Bürgermeister aus. Außerdem solle die Karte auch für Auswärtige nutzbar gemacht werden. Diese müssten sich jedoch aktiv um den Erhalt bemühen.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion macht deutlich, dass ihrerseits keine Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes bestünden. Hier würden keine zusätzlichen Daten erhoben, sondern für die Bürgerschaft lediglich sichtbar, welche Daten bereits erfasst seien und eine komfortable Möglichkeit zur Nutzung der städtischen Angebote geschaffen. Die Befürchtung, dass ältere Menschen ausgegrenzt werden könnten, bestünde seitens der PETO-Fraktion nicht, da die Freischaltung über das Bürgerbüro möglich sei und die dortigen Beschäftigten Hilfestellung geben würden.

Die Sprecher der CDU-Fraktion und der FDP erklären, dass sie dem Vorhaben positiv gegenüber stünden und merken an, dass sichergestellt sein müsse, dass alle Monheimerinnen und Monheimer einbezogen werden und Hilfestellung erhielten, sofern erforderlich.

Der Sprecher der PETO-Fraktion bittet um Angabe, wie zu verfahren sei, wenn die Karte verloren ginge, wie die Freischaltung des Passes eines Säuglings erfolge und ob denkbar wäre, die Verkehrsverbünde VRR und VRS einzubeziehen.

Herr Eßmann führt aus, dass die Freischaltung der Karte des Kindes durch die Erziehungsberechtigten veranlasst werden müsse. Die Verknüpfung mit den Verkehrsverbunden sei zu einem späteren Zeitpunkt diskussionswürdig. Sofern die Karte verloren gehen würde, sollte eine Sperrung erfolgen, die über die App oder auch im Bürgerbüro vorgenommen werden könne. Es werde dann auch eine Ersatzkarte ausgestellt.

Beschlussempfehlung

1. Im Jahr 2018 werden der Monheim-Pass und digitale Bürgerkonten eingeführt. Dazu werden im Haushalt 2018 Mittel in Höhe von insgesamt 2,1 Mio. Euro im Budget Monheim 4.0 etatisiert.
2. Die Gebührenordnungen aller betroffenen Bereiche der Verwaltung werden für den Wirkbetrieb des Monheim-Pass überprüft und entsprechend angepasst.
3. Die Verwaltung wird beauftragt ein entsprechendes Leistungsverzeichnis zu erstellen und die Vergabe dementsprechend zu beauftragen.

einstimmig zugestimmt

Erneute Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Protokoll:

Der Bürgermeister ruft erneut die Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner auf. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

29 Bericht über die Prüfung des Gesamtabschlusses der Stadt Monheim am Rhein 2015 in Verbindung mit den Gesamtabschlüssen 2011 bis 2014
Vorlage: IX/1343/1

Protokoll:

Der Bürgermeister erklärt, dass er zu Ziffer 2 des Beschlussvorschlags nicht stimmberechtigt sei und daher lediglich zu Ziffer 1 sein Votum abgebe und stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung

Beschlussempfehlung

1. Der Rat stellt gemäß § 116 i.V.m. §§ 96 und 101 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) den Gesamtabschluss zum 31.12.2015 fest.
2. Der Rat entlastet gemäß § 116 i.V.m. § 96 Abs. 1 S. 4 GO NRW den Bürgermeister.

einstimmig zugestimmt

30 Bericht über die Prüfung des Gesamtabschlusses der Stadt Monheim am Rhein 2016
Vorlage: IX/1344/1

Protokoll:

Der Bürgermeister erklärt, dass er zu Ziffer 2 des Beschlussvorschlags nicht stimmberechtigt sei und daher lediglich zu Ziffer 1 sein Votum abgebe und stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung

Beschlussempfehlung

1. Der Rat stellt gemäß § 116 i.V.m. §§ 96 und 101 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) den Gesamtabschluss zum 31.12.2016 fest.
2. Der Rat entlastet gemäß § 116 i.V.m. § 96 Abs. 1 S. 4 GO NRW den Bürgermeister.

einstimmig zugestimmt

31 Beschluss über die Verwendung des Überschusses im Gesamtabschluss 2015
Vorlage: IX/1397

Beschlussempfehlung

Der im geprüften Gesamtabschluss 2015 festgestellte Überschuss in Höhe von 64.712.872,06 EUR wird mit der Allgemeinen Rücklage der Gesamtbilanz verrechnet.

einstimmig zugestimmt

32 Beschluss über die Verwendung des Überschusses im Gesamtabschluss 2016
Vorlage: IX/1399

Beschlussempfehlung

Der im geprüften Gesamtabschluss 2016 festgestellte Überschuss in Höhe von 77.257.642,62 EUR wird mit der Allgemeinen Rücklage der Gesamtbilanz verrechnet.

einstimmig zugestimmt

33 Haushaltssatzung 2018
Vorlage: IX/1324

Protokoll:

Der Bürgermeister schlägt vor, die Beratung wie folgt vorzunehmen:

1. ausführliche Beratung der Produktbereiche 01, 15 und 16 und der Anträge der Fraktionen
2. kurze Beratung der bereits in Fachausschüssen diskutierten übrigen Produktbereiche
3. Änderungsliste
4. Online-Bürgerbeteiligung

Es erfolgt keine Gegenrede.

Zu den nachfolgend nicht aufgeführten Produkten erfolgten keine Wortmeldungen und einstimmige Beschlüsse.

01.06.00

Der Sprecher der CDU-Fraktion weist auf den seitens seiner Fraktion gestellten Antrag hin, der, im Falle der Notwendigkeit von Ersatzbeschaffungen, die Anschaffung von Fahrzeugen mit Elektroantrieben vorsehe.

Hier müsse eine Unterscheidung zwischen verschiedenen Fahrzeugtypen getroffen werden, merkt der Bürgermeister an. Im Bereich der Feuerwehr gebe es derzeit keine adäquaten Fahrzeuge, so dass dieser Bereich ausscheide. Fahrzeuge für den Einsatz bei den städtischen Betrieben seien ebenfalls nicht erhältlich. Gleichwohl sei der neue Betriebshof hinsichtlich der Stromanschlüsse für eine entsprechende Nutzung von Elektrofahrzeugen ausgerüstet. Im Bereich der PKW seien hingegen geeignete Fahrzeuge erhältlich. Hier sei der Bereich der Verwaltung betroffen, wo ohnehin geplant sei, gänzlich auf Dienstfahrzeuge zu verzichten. Es sei geplant, einen Rahmenvertrag mit einem Carsharing-Betreiber zu schließen, um diese Fahrzeuge den Beschäftigten aber auch der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Zwar würden dann auch konventionelle Fahrzeuge vorgehalten, zum größten Teil jedoch solche mit Elektroantrieb. Aus den vorgenannten Gründen würde die beantragte Zielvereinbarung ins Leere laufen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt, dass die Modifizierung des Antrages dahingehend möglich sei, dass als letzter Halbsatz ergänzt würde „... , soweit es am Markt ein sinnvolles Angebot gibt“. Damit würden die soeben vorgetragenen Bedenken entsprechend berücksichtigt.

Sofern solche adäquaten Fahrzeuge erhältlich seien, würden diese auch beschafft, erklärt die Verwaltung. Insofern sei die Zielvereinbarung entbehrlich.

Das Anbringen der Zielvereinbarung sei nicht schädlich und somit wünschenswert, merkt der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an.

Der Sprecher der FDP führt aus, dass der Einsatz von Elektro-Bussen möglich und erstrebenswert sei.

Den Einsatz von Elektrofahrzeugen im Busverkehr gebe es derzeit lediglich in Probebetrieben, erklärt der Bürgermeister. Daher werde davon derzeit noch Abstand genommen. Hierzu habe es detaillierte Ausführungen im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr gegeben.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion hält die Aufnahme der Zielvereinbarung aus den seitens der Verwaltung vorgetragenen Gründen nicht für sinnvoll. Das gewünschte Ziel, die Elektromobilität zu fördern, werde seitens der Stadt sowieso verfolgt.

Der Bürgermeister stellt den Antrag zur Abstimmung

mehrheitlich abgelehnt (dafür: 3 CDU, 1 SPD, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP, 1 Die Linke)

01.08.00

Es sei vermerkt, dass neue Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden sollen, trägt der Sprecher der FDP vor. Er bittet um Angabe, um welche Möglichkeiten es sich hierbei handele.

Die Verwaltung macht darauf aufmerksam, dass hierzu in der Vorlage zum Stellenplan ausgeführt sei. Es handele sich um duale Studiengänge im Bereich der Informationstechnologie, Soziale Arbeit und Bauingenieurwesen.

01.12.00

Der Sprecher der SPD-Fraktion bezieht sich auf die Ausführungen, dass neue Gebäude durch einen Dienstleister gereinigt würden und bittet um Erläuterung, ob dies auch auf frei werdende Stellen ausgedehnt werden solle und ob dies im Einklang mit der bestehenden Dienstvereinbarung stünde.

Hierzu führt der Bürgermeister aus, dass beabsichtigt sei, keine Neueinstellungen von Reinigungskräften vorzunehmen. D. h., dass es langfristig keine städtische Eigenreinigung mehr geben werde. Der Hintergrund sei wirtschaftlicher Natur. Der Sprecher der SPD-Fraktion merkt an, dass hierbei auch die Qualität der Reinigungsleistung zu berücksichtigen sei.

Der Bürgermeister erklärt, dass die bisher eingesetzten Dienstleister keinen Anlass für Beschwerden gegeben hätten.

01.13.00

Der Sprecher der CDU-Fraktion trägt den schriftlich vorliegenden Antrag zur Umgestaltung der Grünanlage im Eingangsbereich des Bürgerhauses vor.

Der Bürgermeister erklärt, dass zunächst abzuwarten wäre, bis der im Grünflächenpflegekonzept vorgesehene Pflegezustand erreicht sei. Möglicher Weise würde sich der Antrag dadurch erledigen. Die Städtischen Betriebe seien erst jetzt durch den neuen Standort und zusätzliches Personal in der Lage, den in dem Konzept vorgesehenen Standard zu erreichen. Daher solle zunächst abgewartet werden, ob durch die zusätzliche Pflege nicht Zufriedenheit in der Bürgerschaft erreicht werde.

Die Eingangssituation sei nicht aufgrund des Pflegezustands unattraktiv, sondern aufgrund der Anlage und gesetzten Pflanzen, führt der Sprecher der CDU-Fraktion aus.

Pflege beinhalte auch den Austausch von z. B. abgestorbenen Pflanzen, erklärt der Bürgermeister und verweist auf die Diskussion im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr. Ein Abwarten, bis der Pflegestandard erreicht sei, sei daher sinnvoll. Das Errichten von weiteren Fahrradständern könne davon unabhängig natürlich jederzeit erfolgen.

Auch die PETO-Fraktion hält ein Abwarten zunächst für geboten, so deren Sprecher. Im Hinblick auf die Fahrradständer merkt er an, dass am Bürgerhaus eine Station des Fahrradverleihsystems vorgesehen sei.

Der Sprecher der CDU-Fraktion macht erneut deutlich, dass es nicht um den Pflegezustand gehe, sondern um eine neue Gestaltung. So gebe es z.B. auch große Unebenheiten in der Pflasterung.

Dann sei der beantragte Finanzrahmen nicht ausreichend. Sofern gewünscht sei, den gesamten Bereich zwischen Bürgersteig und Gebäude neu zu pflastern und zu gestalten, so müsse der Antrag lauten, dass eine komplette Freianlagenplanung erfolgen solle.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt, dass sich der Antrag auf alle drei Eingänge des Bürgerhauses und die davor gelegenen Flächen beziehe. Hier wäre eine entsprechende Planung wünschenswert.

Hier liege ein Missverständnis vor, so die Sprecherin der PETO-Fraktion. Bisher sei ihre Fraktion davon ausgegangen, dass es sich um eine Umgestaltung der vorhandenen Grünanlagen handeln solle, nicht um eine komplette Neugestaltung des Eingangsbereichs. Dann solle jedoch das gesamte Grundstück betrachtet werden. Dies sei wiederum eine Angelegenheit, die von der Verwaltung vorbereitet und anschließend im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr diskutiert werden müsse.

Seitens des Bürgermeisters wird vorgeschlagen, den Antrag zu präzisieren und wie folgt zu formulieren: „Bereitstellung von 100.000 € zur Freianlagenplanung für die zur Humboldtstraße gewandte Grundstücksseite des Baumberger Bürgerhauses“.

Die CDU-Fraktion stimmt der Antragsänderung zu; der Bürgermeister stellt den Antrag zur Abstimmung.

mehrheitlich abgelehnt (dafür: 3 CDU, 1 SPD, 1 FDP, enthalten: 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 Die Linke)

Der Sprecher der SPD-Fraktion bezieht sich auf die Erläuterungen zur finanziellen Entwicklung und die dort vermerkten, zu erwartenden Mieterhöhungen für die für die Unterbringung der Flüchtlinge angemieteten Wohnungen und bittet um nähere Erläuterungen.

Die Verwaltung erklärt, dass bereits Mieterhöhungen eingegangen und weitere zu erwarten seien. Es handele sich um übliche Erhöhungen.

01.14.00

Der Sprecher der CDU-Fraktion führt zu dem vorliegenden Antrag hinsichtlich der Planung und des Neubaus des VHS-Gebäudekomplexes aus.

Der Bürgermeister erklärt, dass es sich bei dem Kulturzentrum architektonisch um eins der schönsten städtischen Gebäude handle, das bei seiner Errichtung mit einem Architekturpreis ausgezeichnet worden sei. Trotzdem könnte eine entsprechende Planung, möglichst unter Erhalt des vorhandenen Gebäudes, zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Derzeit wären hierfür jedoch aufgrund der Vielzahl der geplanten sowie bereits begonnenen Baumaßnahmen keine Kapazitäten vorhanden.

Eine Ausführung müsse nicht sofort erfolgen, merkt der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an. Allerdings könne eine Vorplanung bereits jetzt in Auftrag gegeben werden.

Das größte Problem, das einer kurzfristigen Lösung bedürfe, sei die Herstellung der Barrierefreiheit, erklärt der Sprecher der SPD-Fraktion.

Eine Relevanz für diesen Haushalt sei nicht gegeben, so der Sprecher der PETO-Fraktion. Gleichwohl werde die Notwendigkeit einer mittelfristigen Um- oder Neu- baumaßnahme erkannt. Daher werde der CDU-Fraktion empfohlen, den Antrag für das Jahr 2018 zurückzuziehen.

Sofern eine Zusage erfolge, dass unterjährig die Barrierefreiheit hergestellt werde, werde die CDU-Fraktion den Antrag zurückziehen, so deren Sprecher.

Die Verwaltung führt aus, dass vor ca. drei Jahren eine Vorlage erstellt worden sei, die das Thema Barrierefreiheit im Kulturzentrum zum Gegenstand gehabt habe. Die Kosten dafür würden sich auf ca. 400.000 € belaufen, wären aber aufgrund bauordnungsrechtlicher Bestimmungen nicht umsetzbar, so dass ein Bauantrag notwendig würde. Dadurch würde wiederum der Bestandsschutz des Gebäudes entfallen, wodurch erhebliche andere Maßnahmen erfolgen müssten.

Selbstverständlich werde aber, wie bisher auch, durch organisatorische Maßnahmen dafür Sorge getragen, Barrierefreiheit herzustellen. Die Überarbeitung des Gebäudekomplexes werde hinsichtlich der Planung in der Zeit von 2020 bis 2022 und die tatsächliche Umsetzung ab dem Jahr 2023 gesehen.

Der Bedarf werde von allen Parteien und der Verwaltung erkannt, merkt der Sprecher der CDU-Fraktion an. Daher werde der Antrag zurückgezogen.

01.18.00

Der Sprecher der FDP bezieht sich auf die Ersatzbeschaffung des Graffiti-Fahrzeugs und bittet um Angabe, wie viele Graffitis jährlich mit diesem Fahrzeug entfernt würden und ob hier die Aufrüstung eines vorhandenen Fahrzeugs ausreichend sei.

Das Fahrzeug müsse aufgrund des Alters ausgetauscht werden, erklärt die Verwaltung. Die Anzahl der entfernten Graffitis werde nicht erfasst, aber es erfolge ein nahezu täglicher Einsatz im Stadtgebiet, so dass ein Aufrüsten eines anderen Fahrzeuges nicht in Betracht käme.

05.05.00

In den Produkterläuterungen sei ein Seminar für Beschäftigte der Verwaltung erwähnt, so der Sprecher der FDP. Er bittet um Angabe des Inhalts.

Der Bürgermeister erläutert, dass die Beschäftigten geschult würden, Missverständnisse aufgrund bestehender kultureller Unterschiede zu vermeiden.

06.02.00

Zu den aufgeführten externen Einrichtungen und Angeboten wäre eine Liste über die jeweilige Förderhöhe, Grundlage und personelle Ausstattung wünschenswert, so der Sprecher der FDP.

Der Bürgermeister sagt eine entsprechende Aufstellung, ggfs. bis zur Ratssitzung, zu.

08.02.00

Der Sprecher der FDP fragt nach, ob es einen Hallenbelegungsplan gebe und ob dieser zur Verfügung gestellt werden könne.

Der Bürgermeister führt aus, dass eine neue Richtlinie zu diesem Thema erarbeitet worden sei, die in der vorletzten Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport beschlossen worden sei. Der Hallenbelegungsplan sei relativ unübersichtlich. Daher eigene sich eher die jährliche Statistik, die für den Fachausschuss erstellt würde. Diese werde im Frühjahr fertiggestellt und werde gerne zur Verfügung gestellt.

10.01.00

Der Sprecher der FDP bittet um Angabe der Gründe, die zu den Rückständen in den wiederkehrenden Prüfungen geführt haben.

Hier hätten eine sehr hohe Arbeitsauslastung und eine angespannte Personalsituation zur Entstehung von Rückständen geführt. Diese Rückstände würden nun aufgearbeitet.

12.01.00

Der Sprecher der CDU-Fraktion trägt den Antrag seiner Fraktion auf Errichtung von insgesamt drei schnellladefähigen Ladesäulen mit je 50 KW Ladeleistung vor.

Der Bürgermeister erklärt, dass dies derzeit nicht geplant sei, da es sich hierbei um eine sehr kostspielige Maßnahme handeln würde und die Anforderung an das Stromnetz sehr hoch sei. Er empfiehlt, zunächst das Konzept, das in Zusammenarbeit mit der Mega erarbeitet werde, abzuwarten.

Der Antrag werde seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützt, so deren Sprecher. Daher solle dieser Aspekt in dem Konzept Berücksichtigung finden. Zudem sei hier eine Bezuschussung von bis zu 40% möglich, so dass die für die Stadt Monheim am Rhein entstehenden Kosten überschaubar seien.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion empfiehlt, das Konzept abzuwarten, um dann in die inhaltliche Diskussion der Details einzutreten.

Der Antrag sei inhaltlicher Natur, so der Bürgermeister. Eine Entscheidung sei daher zum jetzigen Zeitpunkt, ohne dass das Konzept vorliegt, nicht angezeigt. Sofern die Entscheidung zugunsten der beantragten Schnellladesäulen ausfallen, könnten die benötigten 50.000 € auch unterjährig zur Verfügung gestellt werden.

Der Bürgermeister stellt den Antrag zur Abstimmung

mehrheitlich abgelehnt (dafür: 3 CDU, 1 SPD, 1 Bündnis 90/Die Grünen, enthalten: 1 FDP)

Der Sprecher der CDU-Fraktion weist auf den Antrag seiner Fraktion auf Senkung der Beitragssätze nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen bei Anliegerstraßen auf 50% für Fahrbahnen und 60% für Gehwege hin.

Da dieser Antrag inhaltlich bereits in den vergangenen Jahren im Haupt- und Finanzausschuss diskutiert worden sei, werde die Auffassung der PETO-Fraktion nicht erneut vorgetragen, so deren Sprecher. Der Antrag werde seitens seiner Fraktion abgelehnt.

Der Bürgermeister schlägt vor, für das nächste Jahr eine Übersicht zu erarbeiten, die den Vergleich zu Nachbarstädten enthalte. Ebenso werde nach einer Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes recherchiert und die Rechtmäßigkeit bewertet.

Dass die beantragten Sätze rechtmäßig seien sei zu unterstellen, da es sich um die Beitragshöhe der Stadt Langenfeld handle, führt der Sprecher der CDU-Fraktion aus.

Es handle sich bei dem Antrag nicht um einen Antrag zum Haushalt, bemängelt die Sprecherin der PETO-Fraktion. Im Übrigen sei eine Vorbereitung aufgrund der kurzfristigen Vorlage des Antrags nicht möglich gewesen. Daher empfehle sie die inhaltliche Diskussion anhand der empfohlenen Übersicht.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt.

mehrheitlich abgelehnt (dafür: 3 CDU, 1 SPD, enthalten: 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)

13.01.00

Der Sprecher der FDP weist auf die in den Produkterläuterungen verwendete Abkürzung „ZTV Baumpflege“ hin und bittet, zukünftig von der Verwendung von Abkürzungen abzusehen.

Der Bürgermeister sichert das zu.

14.01.00

Der Sprecher der CDU-Fraktion erläutert den Antrag auf Erstellung eines Konzepts zur Förderung von Eigenheimbesitzern zur energetischen Sanierung.

Die Erstellung eines Konzepts sei sehr sinnvoll, so der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Jedoch wäre eine Ergänzung um Heizungen auf Basis erneuerbarer Energien wünschenswert.

Es sei hierzu eine Recherche und Planung notwendig, merkt der Bürgermeister an. Zunächst hätte ein Förderkonzept erarbeitet werden müssen, damit anschließend auch die Kosten geschätzt werden könnten. Auch stelle sich die Frage, ob nicht andere dadurch benachteiligt würden, wenn lediglich Eigenheimbesitzer gefördert würden.

Auch die Sprecherin der PETO-Fraktion sieht eine mögliche Benachteiligung anderer und fragt nach, warum nicht auch Mehrfamilienhäuser förderwürdig seien. Auch die Mega in die Erarbeitung einer entsprechenden Konzeption als Marktteilnehmer einzubinden erscheine fragwürdig. Daher sei der Antrag abzulehnen.

Die SPD-Fraktion unterstütze den grundsätzlichen Gedanken des Antrages, so deren Sprecher, sehe aber auch die Notwendigkeit, Eigentümer von Mehrfamilienhäusern einzubeziehen. Daher empfehle er, den Antrag dahingehend abzuändern, dass die Verwaltung eine entsprechende Prüfung vornehme und das Ergebnis als Diskussionsgrundlage vorstelle.

Der Sprecher der CDU-Fraktion hält eine Einstellung der Mittel in den Haushalt für angezeigt um einen Arbeitsschwerpunkt zu setzen. Die Details könnten anschließend erarbeitet und aufgrund der dann vorhandenen Mittel auch im kommenden Jahr umgesetzt werden. Die Ausweitung auf weitere Nutzerkreise sei unproblematisch.

Zunächst müsse die Debatte geführt werden, um dann über Mittel zu entscheiden erklärt der Sprecher der PETO-Fraktion.

Auch der Sprecher der SPD-Fraktion merkt an, dass zunächst eine Analyse erfolgen müsse, bevor über Geld gesprochen würde.

Der Antrag sehe die Erstellung eines Konzepts vor erwidert der Sprecher der CDU-Fraktion. Die Einstellung der Mittel könne entfallen.

Dann sei dieser Antrag unzulässig, weil kein Bezug zum Haushalt existiere und die Debatte im Fachausschuss zu führen sei, erklärt der Bürgermeister.

Möglicher Weise könne der Antrag auf das Anbringen einer Zielvereinbarung geändert und so ein Kompromiss gefunden werden, schlägt der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Auch das sei nach Ansicht der PETO-Fraktion nicht realisierbar, erklärt deren Sprecherin. Das Ziel sei ja nicht konkret formuliert, wie die vorhergehende Diskussion über den Kreis der Förderwürdigen gezeigt habe. Zunächst sei daher die inhaltliche Debatte zu führen.

Der Bürgermeister hält eine weitere Diskussion nicht für zielführend und sieht keinen Raum für eine weitere Diskussion, da es an dem Bezug zum Haushalt mangelt.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt den Antrag, folgende Zielvereinbarung aufzunehmen: Erstellung eines Konzepts zur energetischen Gebäudesanierung.

Die CDU-Fraktion schließt sich dem Antrag an.

Der Bürgermeister stellt den Antrag zur Abstimmung.

mehrheitlich abgelehnt (dafür: 3 CDU, 1 SPD, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)

16.01.00

Der Bürgermeister weist auf die Änderungsliste hin, die bezüglich der Gewerbesteuer eine Änderung enthalte. Zudem sei vorgesehen, den Hebesatz der Gewerbesteuer auf 250% zu senken. Anschließend macht er auf die vorliegenden Anträge der Fraktionen CDU und SPD aufmerksam.

Der Sprecher der CDU-Fraktion führt zu dem vorliegenden Antrag auf Senkung des Hebesatzes der Grundsteuer B auf 250% aus. Die Geplante Senkung des Hebesatzes der Gewerbesteuer werde mitgetragen.

Der Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion eine Senkung des Hebesatzes der Grundsteuer B auf 300% für angemessen halte. Die Gewerbesteuer A solle bei dem derzeitigen Hebesatz belassen werden. Hinsichtlich der Senkung des Hebesatzes der Gewerbesteuer habe seine Fraktion bereits die Senkung auf 260% abgelehnt, eine Beurteilung der jetzigen Planung sei ihm aber vor einer Diskussion innerhalb seiner Fraktion nicht möglich.

Hinsichtlich der Ausführungen zur Gewerbesteuer der SPD-Fraktion schließt sich der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vollumfänglich an. Die Senkung des Hebesatzes der Grundsteuer B auf 250% sei unterstützungswürdig, ebenso die Senkung des Hebesatzes der Grundsteuer A, da dies auch den Landwirten zu Gute käme.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion erklärt, dass es sehr wünschenswert sei, die Hebesätze der Gewerbesteuer, der Grundsteuer A und der Grundsteuer B anzugleichen und auf 250% festzusetzen.

Der Bürgermeister stellt zur Abstimmung:

Antrag der CDU-Fraktion auf Senkung des Hebesatzes der Grundsteuer B auf 250%. Der Haushaltsansatz ist entsprechend anzupassen.
einstimmig zugestimmt

Antrag der PETO-Fraktion auf Senkung des Hebesatzes der Grundsteuer A auf 250%

mehrheitlich zugestimmt (dagegen: 1 SPD)

Senkung des Hebesatzes der Gewerbesteuer auf 250%

einstimmig zugestimmt (enthalten: 1 SPD, 1 Bündnis 90/Die Grünen)

Änderungsliste

Der Sprecher der CDU-Fraktion fragt nach, wo in der Änderungsliste die Mittel für die fünf zusätzlichen Stellen für den Kommunalen Ordnungsdienst zu finden seien. Dies sei im Fachausschuss mehrheitlich beschlossen worden.

Der Antrag sei abgelehnt worden, so der Sprecher der PETO-Fraktion.

Auch die Verwaltung erklärt, dass hier im Fachausschuss keine Zustimmung erfolgt sei.

Die Unstimmigkeit werde anhand des Protokolls der Sitzung des Ausschusses für Generationen, Kultur, Soziales und Ordnung bis zur Ratssitzung geklärt, sichert der Bürgermeister zu.

Der Sprecher der PETO-Fraktion beantragt, die im Ausschuss für Generationen, Kultur, Soziales und Ordnung zur Verfügung gestellten Mittel für die Erstellung eines Pflegebedarfskonzept in Höhe von 3.000 € zu streichen. Hier sollen Daten erhoben werden, die bereits durch die Kreisverwaltung erfasst worden wären und vorliegen würden. Daher würden diese 3.000 € verschwendet, sofern ein eigenes Konzept in Auftrag gegeben würde.

Der Bürgermeister stellt den Antrag auf Streichung der 3.000 € zur Abstimmung

mehrheitlich zugestimmt (dagegen: 3 CDU, 1 SPD, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)

Online-Bürgerbeteiligung

Der Bürgermeister führt zunächst zu der enthaltenen Statistik aus.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezieht sich auf das Thema Glascontainer. Er habe die Aussagen so verstanden, dass zukünftig alle Container versenkbar sein würden. Dies halte er z.B. in Gewerbegebieten für überflüssig.

Zudem sei eine Verbraucherzentrale in Monheim gewünscht. Er halte die Erreichbarkeit der Langenfelder Verbraucherzentrale für ausreichend, regt jedoch an, sich dort zu beteiligen, da viele Monheimerinnen und Monheimer dort vorstellig würden.

Der Vorschlag, ein Konzept zum Urban Gardening zu entwickeln, halte er für eine erstrebenswerte Sache. Die Stellungnahme der Verwaltung würde dies jedoch ablehnen.

Weiterhin bezieht er sich auf das gewünschte Sonnensegel auf dem Spielplatz am Rhein. Die seitens der Verwaltung erwähnten Bäume würden erst in einigen Jahren Schatten spenden, da sie erst gepflanzt worden seien.

Ein weiterer Punkt sei die gewünschte Beleuchtung weiterer Wege. Die Verwaltung weise hier auf den Lichtsmog hin, jedoch könnte z.B. in den Wintermonaten eine Ausdehnung auf die frühen Abendstunden erfolgen.

Der Bürgermeister nimmt zu den angesprochenen Punkten wie folgt Stellung:

- Es sollen zwei bis vier Standorte jährlich zu versenkbaren Glascontainern umgerüstet werden.
- Die finanzielle Beteiligung an der Verbraucherzentrale sei bisher abgelehnt worden.
- Hinsichtlich des Urban Gardening sei nicht möglich, dass die Flächen von städtischen Beschäftigten bewirtschaftet würden. Hierzu habe es einen entsprechenden Ratsbeschluss gegeben. Dass die Bürgerinnen und Bürger selber öffentliche Flächen bewirtschaften sei möglich und gewünscht.
- Aufgrund der bestehenden Windlasten sei der Aufwand ein Sonnensegel am Rheinspielplatz zu verankern sehr hoch. Daher werde davon abgesehen.
- In unbebauten Außenbereichen sei nicht vorgesehen, Straßenlaternen zu errichten. Am Leienpfad sei ein interessanter Versuch mit nachleuchtenden fluoreszierenden Markierungen gestartet worden. Das könne einen Kompromiss darstellen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erläutert den vorliegenden Antrag auf Änderung der Wertgrenzen des §8 der Haushaltssatzung auf jeweils 2%.

Der Bürgermeister erklärt, dass ein Vergleich unter den Nachbarstädten gezeigt habe, dass viele Städte die Erheblichkeitsgrenze nicht festgelegt hätten. 2% halte er allerdings auch für ausreichend. Er stellt den Antrag zur Abstimmung.

einstimmig zugestimmt

Der Bürgermeister stellt den Beschlussvorschlag, unter Berücksichtigung der soeben

beschlossenen Änderungen, zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung

1. Der Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung 2018 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungen, die er
 - a) aufgrund eigener Zuständigkeit oder
 - b) aufgrund von Empfehlungen der Fachausschüsse oder
 - c) aufgrund der Vorschläge der Verwaltungbeschlossen hat, angenommen.
2. Die Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2018 wird mitsamt ihren Anlagen beschlossen. Die als Anlage 1 beigefügte Haushaltssatzung 2018 wird Bestandteil des Beschlusses. Die Budgetzuordnung auf die einzelnen Produkte ist als verbindlich anzusehen.
3. Der Rat macht sich die Stellungnahme der Verwaltung vom 24.11.2017 zu den einzelnen Bürger-Ideen und Bürger-Kommentaren im Rahmen der Online-Beteiligung unter Ergänzung der Änderungsvorschläge aus den Beratungen der Fachausschüsse und des Haupt- und Finanzausschusses zu Eigen (Anlage 4).

einstimmig zugestimmt

34 Mündliche Mitteilungen

34.1 Verwendung der ehemaligen Leiterin des Bereichs Ordnung und Soziales

Der Bürgermeister erläutert, dass die ehemalige Leiterin des Bereichs Ordnung und Soziales nach Ausscheiden aus dem Landtag einen Rückkehranspruch gehabt habe. Sie habe jedoch zwischenzeitlich mitgeteilt, dass sie eine neue berufliche Herausforderung angenommen habe und nicht zur Stadt Monheim am Rhein zurückkehren möchte.

35 Mündliche Anfragen

35.1 Leitung des Ulla-Hahn-Haus

Protokoll:

Ratsherr Goller bittet um Auskunft, ob es richtig sei, dass die erst seit kurzem beschäftigte Leitung des Ulla-Hahn-Haus wieder weg sei.

Der Bürgermeister bestätigt, dass die neue Leiterin des Ulla-Hahn-Haus das Arbeitsverhältnis innerhalb der Probezeit gekündigt habe.

Daniel Zimmermann
Bürgermeister

Anke Bitsch
Schriftführerin